Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 78 (1984)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : die Welt am Jahreswechsel 1984/85

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

vergessen? Seid Ihr ganz blind geworden?Habt Ihr keine Augen fürdie ganz offenkundige Tatsache, dass der Teil der bürgerlichen Schweiz, in dessen Händen die Armee ist, faschistisch oder doch zum mindesten halbfaschistisch geworden ist? . . .

Der Kampf eines unter einer faschistischen oder halbfaschistischen Führung stehenden Heeres gegen das Hitlertum ist eine Utopie, der am wenigsten Marxisten verfallen sollten. Ja, jetzt wäre der Augenblick, von Marx zu lernen, statt umgekehrt ihn beständig, zur Zeit und Unzeit, im Munde zu führen, aber gerade da zu vergessen, wo er uns zeigen kann, in welcher Stunde wir leben.

Sagen wir offen, was doch klare Tatsache ist: *Unser Heer wird von unserer bürgerlichen Welt ganz wesentlich und deutlich gehalten und gepflegt nicht gegen Hitler, sondern – gegen uns!* Wer nicht mit dieser Tatsache rechnet, ist ein Tor . . .

Wenn Hitler käme?

«Aber wenn Hitler käme, sollten wir ihm dann unser Land wehrlos ausliefern? Was geschähe dann mit Demokratie und Sozialismus?»

Wir antworten: Was heisst wehrlos ausliefern? Wir fordern doch nicht die sogenannte Gewaltlosigkeit. Das ist eine Sache für sich. Das wäre vielleicht das Beste, aber dafür ist jedenfalls unsere Welt und unser Volk nicht reif. Wir fordern keine allgemeine Entwaffnung vor Hitler gerade jetzt. Wir werden nicht gerade jetzt eine Initiative für eine totale Abrüstung der Schweiz ins Werk setzen. Auf der andern Seite aber können wir in der *Aufrüstung* nur einen Fluch, nur einen Weg zum Untergang erblicken. Was wir fordern, ist darum, *dass der Sozialismus nicht Bankrott erkläre;* dass er seinen Antimilitarismus und seine radikale Abrüstungsforderung nicht *aufgebe;* dass er nicht vor unserem Militärsystem *kapituliere.* Denn noch einmal: *darum* handelt es sich, nicht um die Gewaltlosigkeit . . .

Und darum sagen wir – zum letzten –: *Es gibt nur eine Waffe, mit der wir Hitler bekämpfen, wie die Schweiz, die Demokratie und den Sozialismus retten: das ist der Krieg gegen den Krieg!* Hitler wird nicht durch einen Krieg gestürzt, aber wer den Krieg stürzt, stürzt auch Hitler. Und *das* ist die Aufgabe des Sozialismus. (Dezemberheft, S. 543–548)

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Die Welt am Jahreswechsel 1984/85

Auf die Zeichen der Zeit zu achten, ist die Aufgabe aller, die glauben, dass Gottes Reich in die Geschichte eingeht, um die Menschen zu befreien und sie zum Frieden zu führen. Auch unsere «Zeichen der Zeit» möchten Entwicklungen aufzeigen, die dem Reich Gottes den Weg bereiten und uns seiner Gerechtigkeit näherbringen. Dass wir freilich fast mehr noch die gegenläufigen Entwicklungen von Unterdrückung und Gewalt anklagen müssen, ist auch ein Zeichen: Symptom einer ambivalenten Zeit, die mit beiden Möglichkeiten schwanger geht.

Die Scheidung der Geister tut jedenfalls not. Sie ist unserer Zeitschrift aufgetragen, seit Leonhard Ragaz mit prophetischem Weitblick seine Kommentare «zur Weltlage» und «zur schweizerischen Lage» geschrieben hat. Nur übersteigt diese Aufgabe heute mehr denn je die Kraft eines einzelnen. Ich bin daher allen dankbar, die auf meine «Zeichen der Zeit» reagieren, sei es mit Zustimmung oder mit Kritik. Die Rubrik ist nicht das Monopol des Redaktors, sie gehört allen Leserinnen und Lesern und soll von ihnen allen mitbestimmt werden, insbesondere durch die Diskussion in

den Trägervereinigungen unserer Zeitschrift. Sie sind ein hervorragender Ort der kollektiven Wahrheitsfindung – und eine andere gibt es nicht.

Es sind weltpolitische Zeichen, denen wir uns zum Jahreswechsel zuwenden wollen. In diesem Heft sollen die Wahlen in den USA kommentiert und die Aussichten für eine umfassende Abrüstung analysiert werden. Vom Zustand des «real existierenden Sozialismus» und von der Lage der europäischen Sozialdemokratie wird im nächsten Heft die Rede sein. Die Verelendung der Dritten Welt und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bilden den Abschluss unserer Betrachtung. – Sofern nichts dazwischen kommt.

Die Vereinigten Staaten nach den Wahlen

Honorierter Grossmachtchauvinismus

Reagans «Erdrutschsieg» vom 7. November war zu erwarten. Nach Vietnam, Watergate und Teheran hielten 59 Prozent der Wählenden mehr von Werbung als von Wahrheit. Sie glaubten der Schönfärberei eines Mannes, der von «neuem Patriotismus» sprach und doch nur den Chauvinismus einer beleidigten Supermacht meinte. Der «grosse Kommunikator» stellt die Welt zwar nicht so dar, wie sie ist, aber doch so, wie viele Amerikaner möchten, dass sie sei. Die Wirklichkeit wird überlagert durch ein falsches Bewusstsein, das, einmal zur Grundstimmung des Volkes geworden, allerdings auch eine Realität ist, eine sehr gefährliche sogar: ein Sicherheitsrisiko für die ganze Völkergemeinschaft. Eine Nation, die ihre Grösse nur im Einklang mit Recht und Moral finden könnte, sucht sie im skrupellosen Imponiergehaben einer masslosen Überrüstung, ja selbst in einem so billigen Erfolg wie dem militärischen Sieg über den Zwergstaat Grenada.

In den USA hat ein Mann die Präsidentenwahl gewonnen, der, wenn es einen Weltgerichtshof für Delikte gegen den Frieden gäbe, schon längst als internationaler Rechtsbrecher hätte verurteilt werden müssen. Von Grenada bis Nicaragua setzt er sich über das Gewaltverbot des Völkerrechts hinweg. In krasser Missachtung der UNO-Charta beansprucht er ein unumschränktes Interventionsrecht in Zentralamerika; denn «Zentralamerika ist Amerika», wie es in seiner Ansprache vom 9. Mai dieses Jahres hiess. Das Gerede vom «führbaren und gewinnbaren begrenzten Atomkrieg», gar noch verbunden mit der Nato-Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen ist die Absichtserklärung der Reagan-Administration, im Kriegsfall selbst vor Völkermord nicht zurückzuschrecken. Im «Field Manual 100-5», der seit August 1982 gültigen Ausbildungs- und Dienstvorschrift des US-Heeres, steht gar der Satz: «Kernwaffen oder chemische Waffen können nützlich sein, um die feindliche Artillerie und die Reserven des Feindes zu zerstören. Mit genügend Unterstützung durch Kernwaffen oder chemische Waffen kann die Auslösung des Gegenangriffs kurz nach dem Angriff selbst beginnen.» «Angriffe» lassen sich bekanntlich auch provozieren . . .

Gewiss, der amerikanische Präsident ist kein Antichrist. Um das zu sein, müsste er wissen, was er sagt und tut. Dazu ist seine intellektuelle Unbedarftheit denn doch etwas zu gross. Wir müssen ihm z.B. glauben, dass er nur scherzen wollte, als er in seiner berühmt-berüchtigten Sprechprobe die Liquidierung der Sowjetunion ankündigte. Der sittliche Unernst, die zynische Menschenverachtung, die ausschweifende Omnipotenzphantasie, die dem «Witz» zugrundeliegen, sind dem zwanghaften Possenreisser nicht einmal bewusst. Was die Sache freilich nicht besser, sondern nur noch schlimmer macht. Der Mann ist zu allem fähig – ausser zum Amt des Präsidenten. Nach einem Treffen mit Reagan sagte kürzlich Österreichs Altbundeskanzler Bruno Kreisky, er sei «deprimiert darüber ge-

wesen, dass solch ein Mann über das Schicksal unserer Erde bestimmt».

Der Sieg des Ronald Reagan bestätigt aber auch, dass die real existierende Demokratie den internationalen Frieden nicht garantieren kann. Immanuel Kant hatte zwar gute Gründe, als er allein in einer demokratischen Verfassung der einzelnen Staaten den «ewigen Frieden» verankert sah. Falsch ist nicht seine These, was heute fehlt, ist ihre Verwirklichung. Solange die Exekutive in den USA und anderswo ihre aussenpolitischen Entscheidungen dem Einfluss des Parlaments entziehen und die Öffentlichkeit mit gezielten Desinformationen irreführen kann, solange gibt es eben auch keine echte Partizipation des Bürgers an den Entscheidungen über Krieg und Frieden, solange fehlt diese wichtige Garantie für ein friedliches Zusammenleben der Völker.

Desinformation als Mittel der Politik

In welchem Ausmass das Reagan-Regime die Desinformation als Mittel der Politik einsetzt, zeigen die Enthüllungen der britischen Militärzeitschrift «Defence Attache» über den Abschuss der südkoreanischen Jumbo-Maschine KAL-007 durch sowjetische Abfangjäger am 1. September 1983. Der Präsident mimte damals den Schockierten und fragte: «Was sollen wir von einer Regierung halten, die ihre Ansichten von Frieden und Abrüstung lauthals verkündet und so schnell, kaltblütig und zynisch einen terroristischen Akt begeht und das Leben vieler unschuldiger Menschen opfert?» Heute wissen wir, dass die Boeing 747 auf ihrem Weg von Anchorage nach Seoul nicht wegen eines Navigationsfehlers von der Route abgekommen war, sondern dass sie im Auftrag des US-Geheimdienstes in den russischen Luftraum eindrang, um neue Erkenntnisse über das elektronische Abwehrsystem der UdSSR zu gewinnen. Der Tod von 269 Besatzungsmitgliedern und Passagieren ist daher nicht einfach nur auf das blinde Draufgängertum sowjetischer Offiziere zurückzuführen, er beruht mindestens ebensosehr auf der gezielten Provokation und dem mörderischen Kalkül eines Geheimdienstes, der kaum ohne Wissen seiner Regierung gehandelt hat.

Im Oktober dieses Jahres machte ein CIA-Handbuch von sich reden, das die nicaraguanischen Contras dazu anleitete, sandinistische Regierungsbeamte zu «neutralisieren», Kriminelle anzuheuern und «Märtyrer» zu schaffen. Immerhin hat der Geheimdienstausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses dieses Handbuch als klare Gesetzesverletzung verurteilt. Ob die CIA je anders als durch ihre Abschaffung kontrolliert werden kann, ist indessen fraglich. John Stockwell, der die CIA nach dreizehn Jahren Dienst quittiert hat, sagte kürzlich bei einer Fastenaktion gegen die Politik seines Landes in Mittelamerika: «Durch die CIA hat die US-Regierung in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten zehntausend, fünfzehntausend, zwanzigtausend Geheimdienstaktionen durchgeführt. Bei diesen Geheimdienstaktionen sind mehr als eine Million Menschen getöte worden – unmittelbare Opfer der grausamen Politik der Vereinigten Staaten» (The churchman, August/September 1984).

Missglückt ist auch die Strategie der US-Administration, der sandinistischen Regierung in Nicaragua durch einen Wahlboykott der konservativen Opposition die demokratische Legitimation zu entziehen. Es sind dennoch demokratische Wahlen geworden: mit einer Beteiligung von 80 Prozent der Wähler und einem Vertrauensbeweis von 67 Prozent der abgegebenen Stimmen für die FSLN. Trotzdem fährt die Reagan-Administration fort, diese Wahlen als «Farce» hinzustellen, derweil sie die manipulierten Wahlen in El Salvador und soeben auch in Grenada als «demokratische Öffnung» gelten lässt. Im Wahlkampf hatte Reagan dem besonneneren Gegenkandidaten gar vorgeworfen, er missachte des

Papstes Kritik am sandinistischen Regime in Nicaragua . . . So verkommen Demokratie und Menschenrechte zur ideologischen – und erst noch stumpfen – Waffe gegen den Befreiungsprozess der Völker. Gegenüber den verbündeten Regierungen in Chile, Paraguay, Guatemala, Südafrika, Südkorea usw. bleiben diese Werte der «freien Welt» ja doch besser unerwähnt.

Der «Wächter der Freiheit», als den neuerdings auch Aussenminister Shultz die USA propagiert, gerät mit seiner Doppelmoral in Argumentationsnotstand. Fakten müssen her, die es erlauben, «den Kommunismus» als Ursache aller Übel zu denunzieren. Die Wahlen in Nicaragua und in den USA waren kaum beendet, als das Pentagon eine neue Kuba-Krise beschwor, weil der sowjetische Frachter «Bakurani» sich mit Mig-21-Flugzeugen an Bord den Hafen von Corinto nähere. Auch diese Geschichte erwies sich als reine Erfindung. Sie hatte den einzigen Zweck, Volk und Kongress davon zu überzeugen, dass militärische Massnahmen gegen das verhasste sandinistenregime geboten seien.

Grenzen der Reagan-Administration

Freilich sind der Reagan-Administration auch Grenzen gesetzt. Die Republikanische Partei konnte ihr Wahlziel nicht erreichen. Im Repräsentantenhaus hat sie weniger Mandate hinzugewonnen als 1982 verloren und im Senat zwei Sitze eingebüsst. Die ultrakonservative Ideologie des Wahlkonvents von Dallas im August dieses Jahres ist nicht angekommen. Reagans Ideen von 1980, die an diesem Konvent nochmals auflebten, sind am Verblassen. Überrüstung bei gleichzeitigem Sozialabbau hat eine schlechte Presse; zumal das Budgetdefizit ein gigantisches Ausmass annimmt: Am Ende der vier Rechnungsjahre seit Reagans Amtsantritt dürfte es sich auf 650 Milliarden Dollar belaufen. Die vom Wahlsieger proklamierte «zweite Amerikanische Revolution» wird sich bescheiden müssen.

Fünf Tage nach der Wahl wurde Reagan auch mit der Sozialkritik der dreihundert katholischen Bischöfe seines Landes konfrontiert. Sie stellen einen 120seitigen Brief zur Diskussion, in dem sie den «sozialen und moralischen Skandal» anprangern, dass heute 35 Millionen Menschen in den USA unter der Armutsschwelle leben und acht Millionen keine Arbeit finden. Sie schlagen vor, nicht nur das «erbärmlich unzureichende Wohlfahrtssystem neu zu ordnen», sondern auch die Hochrüstung zu stoppen und die dadurch freiwerdenden Gelder für «den Aufbau einer gerechteren und produktiven Wirtschaft» zu verwenden. Diese Stimme der Kirche ist um so wichtiger, als Präsident Reagan jedes Mal vor Frömmigkeit stöhnt, wenn er an der Rüstungsspirale weiterdreht und seinen abgestandenen Sozialdarwinismus verkündet. Das Zweite Vatikanische Konzil zeigt Langzeitwirkung, in den USA weit stärker als in Westeuropa, wo die Hierarchie in den goldenen Fesseln ihres Bündnisses mit der Staatsmacht und den christlich firmierenden Parteien liegt.

Ein anderes hoffnungsvolles Zeichen unserer Zeit ist der Entscheid des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, Nicaraguas Klage gegen die USA wegen der Verminung seiner Häfen zuzulassen. Es besteht kein Zweifel, dass der IGH die Vereinigten Staaten von Amerika wegen dieses völkerrechtswidrigen Gewaltaktes verurteilen wird. Das Präjudiz ist von grösster, von weltrechtlicher Bedeutung. Angesichts der Blockierung des UNO-Sicherheitsrates durch das Vetorecht seiner ständigen Mitglieder muss es eine unabhängige Instanz geben, die nicht nach politischen Kriterien urteilt oder das Urteil verweigert, sondern die nach Recht und Billigkeit auch die kleinen Staaten gegen die Aggression der grossen schützt.

Aussichten für die Abrüstung?

1500 Milliarden Dollar für das Pentagon

Die Rüstungsspirale hat ein derartiges Ausmass an Unvernunft, ja Wahnsinn angenommen, dass selbst die einseitige Abrüstung eine rationale Alternative wäre. Heute stapeln sich in den Zeughäusern der USA 26'500 Atomsprengköpfe. Und etwa gleich viele werden in der UdSSR vermutet. George F. Kennan sagte schon vor vier Jahren, dass 20 Prozent der auf beiden Seiten bestehenden Atomwaffenarsenale für die Abschreckungsfunktion ausreichen würden. Doch immer höher klettern die Rüstungsausgaben. Weltweit belaufen sie sich bereits auf jährlich 600 Milliarden Dollar. Was in Wahrheit eine unverantwortliche Vorrüstung ist, wird zur «Nachrüstung» verharmlost.

Dass die Nato dem Warschauer Pakt auf keinem Gebiet unterlegen ist, stellt zum Beispiel Andreas von Bülow, ehemaliger Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, aufgrund einer Analyse des Rüstungsstandes in den beiden Bündnissystemen fest. Das Fazit seiner Studie lautet: «Die Sowjetunion ist stark, aber sie ist weder konventionell noch atomar so stark, dass sie aus militärischen Aktionen Gewinn ziehen könnte» (Der Spiegel, 29. September 1984). Dennoch rüstet die Reagan-Administration bedenkenlos weiter: – Im September 1983 hat die amerikanische Abrüstungsbehörde dem Kongress mitgeteilt, dass die US-Regierung nicht mehr länger über ein Atomwaffen-Testverbot mit der Sowjetunion verhandeln wolle; denn: «Atomwaffentests sind nötig für die Entwicklung, Modernisierung und Funktionskontrolle von Atomsprengköpfen, für die Sicherung der Zuverlässigkeit der gelagerten Atomwaffen und für die Untersuchung der Auswirkungen von Atomwaffenexplosionen.»

– In seiner berüchtigten «Star Wars»-Rede vom März 1983 hat der Präsident die Wissenschaftler seines Landes aufgefordert, mit ihrer ganzen Erfindungskraft Amerika in eine uneinnehmbare Festung zu verwandeln. Ein Verzicht auf Weltraum-Waffen, wie ihn der sowjetische Parteichef Tschernenko vorschlug, liege «nicht im Interesse der Vereinigten Staaten», liess Reagan im vergangenen April dem US-Kongress erklären.

– Über 1500 Milliarden Dollar enthält der erste Fünfjahresplan des Präsidenten für das Pentagon, um angeblich das «Fenster» der strategischen Verwundbarkeit Amerikas zu schliessen.

Diese und viele andere Entwicklungen auf dem Gebiet der amerikanischen Rüstungstechnologie haben nichts mehr mit «Verteidigung» zu tun. In seiner Jalta-Rede vom 18. August sprach Reagan Klartext: «Wir können es uns nicht erlauben, die dauernde Unterjochung der Völker Osteuropas hinzunehmen.» Das heisst das Gegenteil von «Wandel durch Annäherung» (Egon Bahr). Jedenfalls können US-Offiziere schon heute «vom unvermeidlichen Krieg mit der Sowjetunion» und «vom Anspruch Amerikas auf Weltherrschaft» reden, ohne von der politischen Führung in Washington getadelt zu werden (Der Spiegel, 2. Juli 1984).

Vor den «Umbrella Talks»

In seiner UNO-Rede vom 24. September hat der amerikanische Präsident zwar erstmals wieder versöhnliche Töne gegenüber Moskau angeschlagen. Im Hinblick auf den Frieden, meint er, gebe es «keine vernünftige Alternative zu Verhandlungen», und seine Ansicht werde «auch von der Sowjetunion geteilt». Ob den neuen Worten auch ein neuer Kurs zugrunde liegt, bleibt abzuwarten. Es mag ja sein, dass Reagan glaubt, was er sagt, auch wenn das, was er sagt, noch so widersprüchlich ist. Es mag ferner sein, dass er spürt, wie wenig zukunftsträchtig seine Rüstungspolitik ist. Und es mag ebenfalls sein, dass er doch noch als «Friedenspräsident» in die Geschichte eingehen möchte. Ich glaube nicht daran und kann nur hoffen, damit unrecht zu haben.

Reagans UNO-Rede hat jedenfalls neue Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Sichtweite gebracht. Es sollen nun sogar alle Verhandlungsgegenstände – «Interkontinental- und Mittelstreckenraketen, konventionelle Streitkräfte und Weltraumwaffen» – unter einem Schirm diskutiert werden (sog. Umbrella Talks). Das hört sich besser an, als es gemeint sein kann. Warum sonst würden die US-Regierung und ihre ideologischen Ableger in Europa, insbesondere in Bonn, das bevorstehende Abrüstungsgespräch schon heute als ihren Erfolg feiern? Ist es etwa ein Beweis besonderer Dialogfähigkeit, wenn die westliche Seite prahlt, nur dank amerikanischer Hochrüstung sei es gelungen, die Russen wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen? Will man ehrlich um eine Lösung ringen oder dem Gegner einfach seine Bedingungen diktieren?

Den Hardlinern in der Reagan-Administration ist es jedenfalls noch stets gelungen, echte Abrüstungsgespräche zu sabotieren. Ihren Abrüstungswillen hat die gegenwärtige US-Regierung noch nie unter Beweis gestellt. Das in Wien oder in Genf zelebrierte Gesprächsritual diente als Fassade, hinter der Reagan die militärische Überlegenheit der USA ausbauen wollte. Selbst die mögliche Kompromisslösung der «Waldspaziergang»-Formel (75 auf Westeuropa gerichtete SS-20 gegen 75 Startgeräte für Cruise Missiles, aber keine Pershing 2) ging in der Washingtoner Intrigenszene unter. Wer sich über diese Hintergründe genauer informieren will, liest mit Gewinn – und Wut – das Buch «Raketenschach» des «Time»-Journalisten Strobe Talbott (Piper Verlag, München 1984).

Dass die UdSSR an den Verhandlungstisch zurückkehrt, statt weiterhin den Abzug von Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa zur Vorbedingung neuer Abrüstungsgespräche zu machen, mag in der Tat durch die Macht der Fakten bestimmt sein, auch durch den eigenen wirtschaftlichen und technologischen Rückstand gegenüber der USA. Dass der Entscheid der sowjetischen Führung vielleicht aber auch etwas mit moralischer Verantwortung für den Weltfrieden zu tun haben könnte, ist unseren westlichen Raketenpolitikern natürlich keine seriöse Überlegung wert. Hervorgehoben wird die wiedererlangte Position der Stärke, als ob sie ein moralisches, gar christliches Gütezeichen wäre. Es ist daher auch nicht anzunehmen, dass sie diese Position der Stärke jemals freiwillig aufgeben werde. Der Weltfriede aber ist zu wichtig, als dass wir seine Wahrung länger den Regierungen überlassen dürften. Das gilt für den Westen wie für den Osten. ■

Diskussion

Den Zins abschaffen?

Es freut mich, dass mein Denkanstoss doch noch ein Echo gefunden hat (vgl. Heft 10, S. 325ff.). Nach der Replik von Beat Kappeler (vgl. Heft 5, S. 174f.) habe ich das fast nicht mehr zu hoffen gewagt.

Umso mehr beeindruckte mich die kompetente Stellungnahme von Herrn Eugster. Dazu und auch zur Replik von Herrn Spieler möchte ich noch ein paar Ergänzungen anbringen. Mein Aufsatz wurde (mit meinem stillschweigenden Einverständnis) durch die Redaktion mit dem Titel «Den Zins abschaffen?» versehen. Der Titel ist eigentlich nicht ganz genau, aber durch das Fragezeichen wird er genauer. Gerade das Experiment von Wörgl, welches Herr Eugster anführt, zeigt es ganz genau: Wir können den Zins nicht abschaffen, aber durch eine zwingende Umlaufsicherung des Geldes, z.B. mit einem «Entwertungssatz» wie in Wörgl, wird der Zinssatz automatisch sinken. Vielleicht bleibt dann ein Restsatz von einem Prozent oder etwas mehr, der dann aber eher als Risikoprämie beurteilt werden müsste. Dann wird es auch nicht mehr interessant sein, das Geld zu horten, sondern jeder, der Geld hat, wird froh sein, wenn er es auch ohne Zins ausleihen kann. Gleichzeitig muss aber, wie Herr Eugster richtig feststellt, die Bodenfrage gelöst sein, denn sonst würde eine Flucht in Bodenwerte einsetzen.